

[Hier eingeben]

Festrede

Egon Primas
Landesvorsitzender BdV Thüringen

zum zentralen Tag der Heimat in Thüringen
07.09.2023 Bad Frankenhausen
„Rotbart Arena“

Leitwort:

„Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Frau Landrätin Hochwind-Schneider,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Steffen Grimm (Sondershausen),
sehr geehrter Herr Bürgermeister Ralf Haubold (Sömmerda)
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mathia Strejc (Bad Frankenhausen)
sehr geehrte Gäste vom BdV aus Hessen,

ich danke Ihnen, dass Sie heute hier nach Bad Frankenhausen gekommen sind und wir in diesem Jahr den Tag der Heimat gemeinsam begehen werden.

Der Bund der Vertriebenen hat den Tag der Heimat, seine wichtigste Veranstaltungsreihe, in diesem Jahr unter das Leitwort „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ gestellt.

Angesichts des unseligen Krieges Russlands gegen die Ukraine, wählte das Präsidium bewusst ein mahnendes Wort.

Auch in der Hoffnung auf ein baldiges Ende dieser Gewaltorgie.

Tausende Tote sind Tausende Tote zu viel.

Die Kriegsoffer, die vor Tod, Gewalt und Vernichtung geflohen sind, drohen zu dauerhaft Vertriebenen zu werden.

Werden sie als über längere Zeit Entwurzelte jemals wieder in ihre Heimat zurückkehren können?

Wiederholt sich Geschichte, wie wir sie aus der Mitte des letzten Jahrhunderts kennen?

Vertriebene und Spätaussiedler können, wie keine anderen in Deutschland, aus eigener Erfahrung glaubhaft darlegen: Kriege waren, sind und bleiben der Hauptgrund für Vertreibungen und Heimatverlust.

Ob durch Flucht und Vertreibung im direkten zeitlichen Bezug zum Krieg oder in den darauffolgenden Jahrzehnten, die im 20. Jahrhundert geprägt waren von Deportation, Zwangsarbeit, Entrechtung, Enteignung, Ausgrenzung:

Die Vertreibung und der damit verbundene Verlust der Heimat verändert das Leben der Betroffenen und ihrer Kinder; er traumatisiert bis in die Enkelgeneration.

Man spricht von einem nachweisbaren kollektiven Trauma bis in die dritte Generation der Nachkommen von Heimatvertriebenen.

Nicht umsonst haben die Väter der Charta der Heimatvertriebenen die deutliche Mahnung vor weiteren Kriegen und willkürlichen Vertreibungen bereits 1950 formuliert:

nur auf der Grundlage eines „verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens“ ist gewährleistet, dass „aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird“.

Erinnern wir uns gerade heute auch daran, dass mit der Verabschiedung und der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. und 6. August 1950 zum ersten Mal der „Tag der Heimat“ eingeläutet wurde.

Die Charta ist zu einem historischen Dokument geworden, mit einer klaren Absage an gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Völkern und einem erklärten Ziel, die Tatkraft der Vertriebenen für den Wiederaufbau des Landes einzusetzen. Sie ist ein Dokument der Zeitgeschichte, ein deutschlandweit wahrgenommenes Manifest und Bekenntnis mit Wirkmächtigkeit über Landesgrenzen hinweg. Sie wurde so zum „Grundgesetz“ der deutschen Vertriebenen und zu einem der Gründungsdokumente der Bundesrepublik Deutschland.

Visionär konstatierte die Charta ein Recht auf die Heimat als grundlegendes Menschenrecht. Menschen müssen in der angestammten Heimat bleiben dürfen oder dorthin zurückkehren können. Bis heute speist sich daraus die Forderung des Bundes der Vertriebenen, Vertreibungen weltweit zu ächten und ein internationales, strafbewehrtes Vertreibungsverbot einzuführen.

Ebenso richtungsweisend war nach den Erfahrungen des von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieges und nach dem Vertreibungsschicksal der Gedanke, dass zur Durchsetzung der in der Charta festgeschriebenen Ziele die gemeinsamen Anstrengungen auch auf ein geeintes Europa ausgerichtet sein müssen. Dieser Gedanke bildet die Grundlage unseres nachhaltigen und grenzüberschreitenden Engagements und somit das Fundament unseres Beitrags zu einer stabilen und friedlichen Zukunft für alle Europäer.

Unsere steten Mahnungen der letzten Jahrzehnte haben plötzlich eine Relevanz, die in Friedenszeiten sträflich übersehen worden ist: Geschichte wiederholt sich zwar nicht, aber die Muster von Aggression, Konflikt und Krieg führen heute erneut zu Vertreibungen, Heimatverlust und zivilen Opfern unter den Völkern.

Aus eigener Erfahrung von Flucht und Vertreibung, von Heimatverlust, Deportation und Zwangsarbeit fordern wir dazu auf, die Zivilbevölkerung der Ukraine vor humanitären Katastrophen zu schützen und politisch motiviertes Unrecht unnachgiebig zu verfolgen. Hier muss auch Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden.

Bis zur Invasion Russlands lebten rund 33.000 ethnische Deutsche auf dem Gebiet der Ukraine.

Übrigens: unter dem Dach des BdV wurden insgesamt mehr als 80.000 Euro Spenden für die deutsche Minderheit in der Ukraine eingeworben. Die Spenden stammen zu einem erheblichen Teil von unseren Basisgliederungen.

Der BdV Kreisverband Nordhausen hat innerhalb seiner Ukraine-Spendenaktion 10.000,- € eingeworben, die größtenteils für vor Ort angekommene Flüchtlinge aus der Ukraine verwendet worden sind.

So konnten wir das Zentrum für traumatisierte ukrainische Kinder und Jugendliche beim DRK Nordhausen mit einer Erstausrüstung unterstützen und die Errichtung eines Spielplatzes am Flüchtlingsheim im Landkreis Nordhausen realisieren.

In Zusammenarbeit mit dem Südharzkrankenhaus Nordhausen, dem Landkreis Nordhausen und der Thüringer Agentur für europäische Programme haben wir Hilfstransporte mit Medikamenten und Verbandsmaterialien sowie Hygieneartikeln in die uns partnerschaftlich verbundenen Regionen Lemberg (Lwiw) und Ivano Frankivsk organisiert.

Allen Spendern und Unterstützern möchte ich meinen Dank an dieser Stelle aussprechen.

Uns freut es auch, dass wir die langjährige Vorsitzende des Rates der Lemberger Deutschen Gebietsgesellschaft "Deutsches Heim", Marie Weselowska unterstützen konnten. Frau Weselowska ist mit Ihrer Tochter und ihrem Enkel vor dem Krieg geflohen und nach Deutschland gekommen. Vorerst ist die Familie in Bad Sooden -Allendorf in Hessen angekommen. Nach einigen Anstrengungen ist es uns gelungen, die Familie auf eigenen Wunsch nach Nordhausen umzusiedeln.

Ich freue mich auch, Marie Weselowska und ihre Tochter Natalia Korotka heute unter uns begrüßen zu können.

Vergessen wir bei der natürlichen Empathie für die Ukraine und ihre Menschen jedoch eines nicht: auch in der Russischen Föderation leben Landsleute, über 400.000 Menschen, die sich der ethnischen deutschen Minderheit zuordnen. Auch sie werden Opfer dieses Krieges. Auch sie sind inzwischen wieder gefährdet, drangsaliert und ausgegrenzt.

Sie werden erneut in eine Mithaftung genommen, an der sie nicht den Hauch einer Schuld tragen. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, LmDR, ist eng verbunden mit diesen Landsleuten. Auf ihre Expertise wird man hören müssen und im engen Dialog bleiben.

Diejenigen Landsleute, die als Spätaussiedler nach Deutschland kommen, haben einen berechtigten Anspruch, mittels eines verlässlichen, gerechten und geordneten Verfahrens Aufnahme zu finden.

Ein von der deutschen Verwaltung restriktiv ausgelegtes Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 2021 führte unter der Ampelregierung zu massiven Verfahrensverschlechterungen.

BdV-Präsident Dr. Fabritius fand dafür klare Worte: „Kein Gespür für die Dringlichkeit des Anliegens. Herzloses politisches Geschacher. Hinter der notwendigen BVFG-Änderung stehen nämlich menschliche Schicksale, die gerade jetzt – im Krieg Russlands gegen die Ukraine, beiderseits der Grenze – von Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung betroffen sind.“

Wenn wir von dem Leid der Deutschen in der Ukraine und den Benachteiligungen der Deutschen in Russland sprechen, müssen wir zwangsläufig feststellen, dass der BdV weiterhin gezwungen ist, seine Stimme gegen die Benachteiligung von Aussiedlern und Spätaussiedlern auch im Inland, und zwar im deutschen Rentenrecht zu erheben.

Es mutet daher wie Hohn und Spott an, wenn die betroffenen Spätaussiedler nunmehr mit einer pauschalen Einmalzahlung aus einem Härtefallfonds um all das gebracht werden, was sie sich durch ihre Lebensleistung an legitimen Ansprüchen erworben haben.

Das muss man sich mal vorstellen! Anstatt die unseligen Kürzungen aus den 90er Jahren zurückzunehmen, wird nun Augenwischerei mit dem Härtefallfonds betrieben.

Als nämlich die Pläne zur tatsächlichen Ausgestaltung durchsickerten, wählte BdV-Präsident Dr. Fabritius klare Worte: „Der Bund der Vertriebenen fordert, dass an der jetzt beschlossenen

Ausgestaltung des Härtefallfonds für Spätaussiedler deutlich nachgebessert wird. Mit einer Einmalzahlung von 2.500 Euro verfehlt der Fonds sein ursprüngliches Ziel weit. Es ist bedauerlich, dass die Regierungsvertreter – einschließlich der zuständigen Beauftragten – dies und den Ausschluss des Personenkreises der Aussiedler einfach durchgewunken haben.“

Die Einmalzahlung muss übrigens beantragt werden. Es ist vor allem dem Bund der Vertriebenen und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu verdanken, dass diese politische Maßnahme überhaupt einen Mindestgrad an Bekanntheit erlangte. Von den rund 750.000 Spätaussiedlern, die Renten beziehen, haben bis heute erst gut 10 % einen Antrag gestellt. Noch ist Zeit, die Frist läuft erst Ende September ab.

2023 jährt sich zum 70. Mal eine Erfolgsgeschichte: am 5. Juni 1953 trat das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in Kraft. Es gilt als Abschluss der westdeutschen Vertriebenengesetzgebung nach dem Zweiten Weltkrieg und als wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zu sozialer und wirtschaftlicher Gleichstellung.

Heute wissen wir, wie weitsichtig man damals mit der Aufnahme des sogenannten Kulturparagrafen 96 gewesen ist.

Dessen Aufträge laut Gesetzestext sind der Kulturerhalt „im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes“, die wissenschaftliche Erforschung sowie die „Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge“ und haben im Laufe der Jahrzehnte immer größere Relevanz erhalten.

Die Inhalte des Paragrafen sind 1990 sogar in den Einigungsvertrag eingeflossen.

Dadurch erhielt die Sicherung, Erforschung und Fortentwicklung unseres Kulturerbes nochmals eine hausgehobene Rechtsqualität sowie eine besondere Bestandskraft.

Für uns als BdV in Thüringen ist es daher wichtig, dass die Thüringer Landesregierung dieser gesetzlichen Verantwortung vollumfänglich nachkommt und die Arbeit auch in Krisenzeiten angemessen fördert.

Was sagte Bundeskanzler Willy Brandt seinerzeit über das BVFG?

„Unser Staat und unsere Wirtschaft stünden nicht dort, wo sie heute stehen, wenn ihnen nicht so starke Kraftströme durch die vertriebenen Landsleute zugeflossen wären. Unsere Demokratie wäre nicht krisenfest, wenn sie nicht von den Vertriebenen und Flüchtlingen mitgestaltet und mitgetragen würde.“

Der Bund der Vertriebenen steht für einen verständigungspolitischen Dialog mit unseren Nachbarn im Osten, er steht für kulturpolitische Kontinuität in der Erhaltung des gesamtdeutschen kulturellen Erbes, und für erinnerungspolitische Wahrhaftigkeit auf der Basis von Menschen- und Völkerrechten.

Wir vertreten eine geschichtsbewusste Sicht auf die Zukunft und verstehen uns als „Arbeiter der Verständigung“ mit unseren östlichen Nachbarn.

Wir handeln mit dem Anspruch, mehr als nur „Verbandspolitik“ zu betreiben. Unsere Arbeit ist kein Selbstzweck, sondern Ausdruck der Gewissheit, dass wir im Interesse unseres Landes handeln.

Ein gerütteltes Maß zusätzlichen politischen Rückhalts für die Vertriebenenverbände wäre wünschenswert, losgelöst von aktuellen Strömungen des Zeitgeists. Der Zeitgeist kommt und geht – die historischen Tatsachen aber bleiben.

Zu diesen gehören – unter vielen anderen – der Verlust der Heimat und die geographische Entwurzelung der Kultur der Heimatvertriebenen.

Der BdV ist nach außen ein verlässlicher Pfeiler der Verständigungspolitik und agiert nach innen in dem Bewusstsein, das Schicksal, die Geschichte und das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen als Teil des gesamtdeutschen Kulturguts zu pflegen und für uns alle – für Vertriebene und Nichtvertriebene – zu erhalten.

Aber wir wünschen und erwarten mit dem Blick in die Zukunft eine Zusage für eine weitaus nachhaltigere Unterstützung unserer Arbeit; und zwar sowohl vom Bund als auch von den Ländern.

Und genau das ist passiert! Die Kulturförderung des Bundes, die im Haus der BKM von Staatsministerin Roth angesiedelt ist, wurde gekürzt.

Diese Kürzungen der kulturpolitischen Projektmittel in diesem und im letzten Haushaltsjahr haben den gravierenden Effekt, dass viele Projekte im Vertriebenenbereich nicht oder nur unzulänglich durchgeführt werden können.

Die Förderung des Bundes lag letztes Jahr bei überschaubaren 20,7 Millionen Euro. In diesem Jahr wird der Etat bei 19,7 Millionen Euro liegen – und damit von niedrigem Stand um eine Million Euro weiter gekürzt, verbunden mit der Gefahr, dass diese Tendenz sich verstetigt.

Die genannten 19,7 Millionen machen 0,82 Prozent des Bundeskulturretats aus. Dabei haben nachweislich zwischen 25 bis 33 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Vertriebenenhintergrund; von den betagten Vertriebenen selbst über die Kinder bis zu der Generation der Enkel und Urenkel.

Es ist gerade jetzt unglaublich wichtig, hier endlich richtige Handlungsfähigkeit herzustellen.

Angesichts des Wechsels von einer stark vom Ehrenamt geprägten Erlebnisgeneration zu einer eher institutionell getragenen Bekenntnisgeneration wächst die staatliche Verantwortung für dieses Kulturerbe – und vor allem auch dafür, es eben nicht nur zu musealisieren und zu erforschen, sondern es den Kulturträgern und ihren Verbänden zu ermöglichen, das Erbe lebendig und sichtbar zu erhalten und es weiterzuentwickeln;

sowohl hier in Deutschland als auch in den Heimatgebieten, wo diese Kultur entstanden ist und auch heute noch authentisch gelebt werden soll.

Dieser Herausforderung müssen sich die Regierungen von Bund und Ländern stellen und entsprechende Mittel in die Haushalte einbringen.

Man könnte glatt den Eindruck haben, dass einigen Stellen in der amtierenden Bundesregierung die Arbeit der deutschen Vertriebenen und Spätaussiedler wenig bekannt wäre und man vielleicht auch zu wenig wissen will.

Vertriebene und Spätaussiedler gehören leider nicht zum bevorzugten Zielpublikum der Mittelgeber.

Damit ist aber die Gefahr verbunden, dass sich bei den Ostpreußen, Pommern oder Schlesiern das kollektive Gefühl breitmacht, man sei von der Politik abgeschrieben und nurmehr ein im Verschwinden begriffener Teil des deutschen Kulturraums.

Gerade weil die Heimatgebiete dieser Menschen durch den unseligen Zweiten Weltkrieg und seine Folgen verloren gingen, muss der Staat dafür ein Mehr an Verantwortung übernehmen, mitnichten jedoch ein Weniger.

Ohne Abstriche gilt das auch für das Kulturerbe der deutsch besiedelten Gebiete von Tschechien bis Russland und Kasachstan, von Estland bis Rumänien.

Das Kriegsfolgenschicksal traf nach Kriegsende alle dortigen Deutschen, beraubte sie ihrer Heimat und erschwerte den Erhalt ihrer vor Ort gewachsenen Traditionen und Bräuche – kurz, es traf ihre Kultur.

Was für diejenigen, die Flucht und Vertreibung noch selbst erlebt haben, bis heute die Heimat im Herzen geblieben ist, wird für mehr und mehr Nachgeborene zur Heimat der Eltern, der Großeltern, der Vorfahren, die neugierig macht und die Herausforderungen bereithält. Aber nicht nur das!

Die Geburtsorte der Eltern und Großeltern zu entdecken ist eine Aufforderung an alle interessierten Nachkommen der jüngeren Generationen, einerseits unsere Geschichte in ihrer Gänze wahrzunehmen und andererseits auch unsere lebendige Kultur zu erspüren und sie gemeinsam weiterzuentwickeln.

Unser Landesverband hat vor ein paar Jahren damit begonnen, die Sanierung des Jüdischen Friedhofes in Ohlau / Schlesien zu unterstützen.

Nun stehen weitere grundlegende Sanierungsarbeiten an, und wir werden alles dafür tun, hier zu helfen und Partner in Deutschland für die Umsetzung des großen Vorhabens zu finden.

Wenn man das im Bewusstsein eines guten Nachbarschaftsverhältnisses zu unseren Nachbarländern Tschechien und Polen gestaltet, ist es ein Garant für persönliche Kontakte und Freundschaften, für gegenseitiges Verständnis und reziproken Respekt, für Verständigung zwischen den Völkern – und damit für den Frieden.

Keine Frage: ebendas gilt für alle Länder Europas, in denen unsere Vorfahren ihre Heimat hatten – die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Serbien, die baltischen Staaten und alle Nachfolgestaaten der GUS.

Veranstaltungen wie der Tag der Heimat sind für Vertriebene und Spätaussiedler ein wichtiger Baustein sowohl der Traditionspflege als auch der gelebten Kultur und des Zusammenhalts.

Mehr noch, sie sind eine jährlich erneuerte Rückversicherung der eigenen Identität. Das mildert die erlittenen Verluste, auch wenn es sie nicht aufwiegt.

Bekanntnis und Selbstverständnis aufrecht zu verteidigen ist dann nämlich besonders schwer, wenn die staatlichen Strukturen dies nicht fördern. Oder noch schlimmer: dies bewusst bekämpfen, wie aktuell beispielsweise in Polen.

Dort bleibt es nach wie vor bei der gezielt diskriminierenden Kürzung des muttersprachlichen Deutschunterrichts für rund 50.000 Schülerinnen und Schüler.

Das ist alles andere als gute Nachbarschaft, gute Minderheitenförderung oder gute Völkerverständigung.

Unser BdV Landesverband arbeitet seit 1994 mit dem Verband der soziokulturellen Gesellschaften der Deutschen in Polen sowie mit der Deutschen Bildungsgesellschaft in Opeln im bildungs- und kulturpolitischen Bereich zusammen.

Die beteiligten Partner in Polen und in Deutschland sind sich einig, trotz geringer werdender finanzieller Mittel alles zu tun, die Partnerschaft weiter aktiv zu gestalten.

So haben wir es in diesem Sommer wieder 15 Kindern aus Schlesien ermöglicht, in einem einwöchigen Ferienaufenthalt hier in Thüringen gemeinsam mit Kindern aus Thüringen erlebnisreiche Tage zu verbringen. Dazu gehörte auch ein Ausflug zum Thüringer Landtag, der bei den Kindern gut ankam.

Hier in Deutschland bauen wir – gerade was den Affront Polens wider seine deutschen Minderheiten angeht – auf die verbürgte Gewissheit, dass sich bisher alle Bundesregierungen zur Aufgabe gemacht haben, das Fortbestehen von kultureller Identität in allen Facetten zu fördern und den deutschen Minderheiten im Ausland beizustehen.

Daher geht der Appell in Richtung Bundesregierung, diesen Missstand in Polen zu verurteilen und diplomatische Lösungen zu suchen, anstatt den Konflikt nur auszusitzen.

Die Anliegen des Bundes der Vertriebenen, seiner Landesverbände und Landsmannschaften, ja seiner Menschen, brauchen immer noch eine starke Stimme, die ihr Gewicht in die Waagschale wirft.

In der Politik, der Gesellschaft und der Öffentlichkeit. Diese Stimme muss und wird der BdV bleiben, auch dann, wenn es darum geht, die Politik an ihre Verpflichtungen zu erinnern.

Umso mehr freue ich mich, hier aktiv mitwirken zu können und weiterhin als Vizepräsident des BdV Bundesverbandes und Landesvorsitzender des BdV in Thüringen einen starken Vorstand hinter mir zu wissen.

Bei der Wahl zum Präsidium des BdV vergangene Woche wurde Dr. Bernd Fabritius erneut zum Präsidenten gewählt. Von hier aus unsere herzlichen Glückwünsche an ihn und viel Kraft und Erfolg in seiner nunmehr 5. Amtszeit als Präsident.

Meine Damen und Herren, liebe Landsleute,

es ist mir ein persönliches Anliegen zum Schluss, Ihnen sowie allen unseren Mitstreitern in den Regional- und Kreisverbänden sowie in den landsmannschaftlichen Landesgruppen ehrlichen und aufrichtigen Dank auszusprechen.

Ihre ehrenamtliche Arbeit sowie das Engagement der zahlreichen Mitglieder bleiben Grundpfeiler unseres Verbands.

Aus der Solidarität unserer Verbandsstrukturen erwächst unsere Stärke!

Lassen Sie uns nach innen geeint und nach außen geschlossen daran arbeiten, das Wirken der im Bund der Vertriebenen vereinten Menschen in die Gesellschaft hineinzutragen – und gebührend zu würdigen.